

Morgenzeitung



Zeitung

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Zeitungen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein: Am Dönhof 1 (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Am Dönhof 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 966.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Brandner, Verantw. Redakteur (in Abs. d. Handelsliste): Carl Mielich, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Brünings Auftrag

Die Sozialdemokraten haben ihre Modifikation im Reich gesamt. Doch sie freilich gingen, und noch dazu befaßt mit der Verantwortung für eine Regierungsteile vor dem Apriltermin, an dem die neuen Steuern fließen sollen, kann nicht gerade als Weiterleitung politischer Strategie gelten. Gewiß mag es lohnend sein, in einem Augenblick, in dem die Erweiterung im kommunistischen Lager groß ist, frei von der Verantwortung für die Staatsnotwendigkeiten, den Kampf um die Seele der großhändlerischen Arbeitermassen aufzunehmen, die in den letzten Jahren kopfschmerz geworden sind und unter dem Druck wirtschaftlicher Not zwischen links- und rechtsradikalen Einstellungen hin und her schwanken. Und auch die Aussichten bei den Reichswahlen, die unter Umständen über Nacht kommen können, sind bei der herrschenden Mißstimmung günstig, wenn man von allem Welt die Hände in Unschuld wäscht.

Geld- Erwägungen hat die linke Seite des Parteivorstandes nicht, dessen Ergeß sich in all den Jahren sozialistischer Ministerierfahrungen bekannt befand, den Parteiparagrafen in Ordnung zu halten und damit die Maßnahmslage sicherzustellen. Die Minister kommen und gehen; die Wahlen der sozialdemokratischen Wähler aber bleiben bestehen. Das ist das Wesen des Sozialismus, das ist das Wesen der Schwäche. Die Partei hat den dritten Teil der Reichsfinanzmandate inne und sie wird auch bei Reichswahlen kaum viel verlieren. Dafür hat sie Geld genug. Aber was nützen diese Mandate, welche Geltung haben sie, welche Auswirkung eröffnet für die Reichsregierung, es als ob die Deutsche Volkspartei sich aus der Regierung hinausmanövrieren wollte. Heute heißt die Sozialdemokratie vor der Krise, preislos auch in der Opposition eine beachtliche Kraft, aber geknickt durch die Plünderung an Schwächen, an Selbstvertrauen, an Ansehen. Und die gebotenen Wechselaufträge werden teuer, teuer erkannt durch die Erschlitterung des parlamentarischen Systems, das, von außen systematisch bedrängt und gehöhrt, der Opferfreudigkeit seiner Träger doppelt bedrängt, einer Opferfreudigkeit und Großzügigkeit, die vorübergehende Schwierigkeiten ertragen mag, aber schließlich doch auch zum äußeren Erfolg führt.

Die neue Regierung wird ohne die Sozialdemokraten gebildet werden. Aber es ist unmöglich, sie gegen die Sozialdemokraten zu führen. Dafür sorgt schon der Jugenderbied, dessen Ehrlichkeit und Ehrlichkeit eine Alibiversicherung für die Sozialdemokraten bedeutet. Dr. Feinrich Brüning, der neue, nach entgegengesetzter Richtung, ist ein verhältnismäßig junger Mann, Antisemitismusverächter, ein Verfechter der Finanzkräften und wirtschaftlichen Fragen in einer Verbindung einer neuen Jugendgeneration. Sein Auftrag lautet, ein Kabinett ohne koalitionsmäßige Bindung aufzustellen. Das bedeutet, daß der Reichstag, von vornherein eine Mehrheit für das Kabinett zu bilden, nicht gemacht werden soll. Es bedeutet weiter, daß der neue Kabinett sich seine Mitarbeiter nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortung auswählt.

Man darf erwarten, daß dieses Verfahren, das allein dem Geist der Verfassung entspricht, das Schauspiel langwieriger Staatsverhandlungen eripart, das feierlicher in besonders freier Form von den Reichslandtagen aufgeführt wurde, mit dem größten Erfolg, daß dem Reichstag die Männer feiner Vertrauens durch förmliche Fraktionsabstimmungen geteilt werden.

Wünschenswert wäre, wenn bei der Neubildung der Regierung endlich der Zusammenhalt Rechnung getragen würde, die auf der Ministerien verteilte Verantwortung für die Finanzkräften und wirtschaftlichen Fragen in einer Verbindung zusammen zu fassen. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium sind in eng verknüpft mit den Aufgaben des Reichsfinanzministeriums und des Reichslandtagsministeriums, die wiederum eng mit der Ministerien der Wirtschaft verbunden sind. Die gegenseitigen Beziehungen sind so eng, daß die Ministerien der Wirtschaft und des Reichslandtags zusammen zu gehen, beiläufig hätte. Der neue Mann hätte mit der schicksalhaften Zusammenfassung der Vertreter einen guten Start.

Das Kabinett Hermann Müller hinterläßt eine Reihe ungelöster dringender Aufgaben. Unter dem Druck der außenpolitischen Notwendigkeiten sind wichtige innere Reformen allzu lange unerledigt geblieben. Neben der Ordnung der Finanzen sind Arbeitsreform und Wahlreform wichtige Voraussetzungen für die Sicherung des ruhigen Aufwandes im Reich. Die Bedenken sind aber gelöst worden. Das Ausschüsse Gewerkschaften darf keine neue Beschränkung des neuen. Heute freut sich Feinrich. Hoffentlich zu früh und hoffentlich nicht lange.

J. K.

Kabinett Brüning

Der Auftrag des Reichspräsidenten / Vollmachten aus Artikel 48 und Auflösungsorder / Zug zu den Konservativen / Macht Schiele mit?

Amlich wird mitgeteilt: „Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Reichstagsabgeordnete Dr. Brüning und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Hierbei brachte der Herr Reichspräsident zum Ausdruck, daß es ihm angelegtest der Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage nicht zweckmäßig erschiene, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. Dr. Brüning hat dem ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen. Außerdem empfing der Herr Reichspräsident heute vormittag den Reichstagspräsidenten Lohde zu einer Empfehlung der durch den Geheimratdrücker der Reichsregierung entkandenen politischen Lage.“

(W. T. Z.)

Die Empfänge im Reichstag

Der Reichspräsident hat heute vormittag zunächst traditionsgemäß den Reichstagspräsidenten Lohde empfangen und unmittelbar darauf den Fraktionsvorständen des Zentrum, Abgeordneten Dr. Brüning, dem er den Auftrag erteilte, die neue Reichsregierung zu bilden. Dr. Brüning hat den Auftrag angenommen. Es wird gläubig erwartet, daß der Reichspräsident Dr. Brüning für den Fall, daß im Reichstag eine Mehrheit für die Steuererlässe nicht aufzubringen ist, die Vollmachten aus dem Artikel 48 der Verfassung (Notverordnungen) und auch die Order für die Ausführung des Reichstags zugestimmt hat.

Sich 11½ Uhr vormittags verabschiedete Dr. Brüning im Arbeitszimmer des Reichstagspräsidenten im Reichstag mit jenen Persönlichkeiten, die er für sein Kabinett zu gewinnen wünscht. Wenn Dr. Brüning diese Schritte noch zu veranlassen vermag, wird das neue Kabinett am Beginn der kommenden Woche sich dem Reichstag in folgender Zusammensetzung vorstellen können:

- Reichsminister: Dr. Brüning (Zentrum).
- Innerer: Dr. Wirth (Zentrum), der bisherige Reichsminister für die besetzten Gebiete. Dieses Ministerium soll Dr. Wirth weiter verwaltet, bis es nach der völligen Befreiung des Rheinlandes überföhrt werden ist.
- Außenminister: Dr. Curtius (Dt. Volkspartei).
- Finanzen: Dr. Mühlens (Dt. Volkspartei).
- Reichswirtschaftsministerium: Dr. Dietrich (Demokrat).
- Reichslandtagsministerium: Dr. Stöcker (Zentrum), bisher Reichslandtagsminister.
- Erziehung: Dr. Stöcker (Zentrum), bisher Reichslandtagsminister.
- Verkehr: Dr. Schiele (Reichslandtag).
- Verkehr: Dr. Trevisan (Reichslandtag).
- Reichswehr: General Brenner.
- Post: Dr. Schiele (Bayer. Volkspartei).

An diese Liste ist nur der Vorbehalt zu knüpfen, daß es dem neuen Kabinett gelingt, den Reichslandtagspräsidenten Schiele, der schon in vierten Kabinett Mühlens Reichslandtagsminister gewesen ist, zum Eintritt in das Kabinett zu veranlassen. Im Reichstag wurde um die Mittagsstunde von sehr zureicherlicher Seite mitgeteilt, daß Schiele sein Einverständnis bereits erklärt habe. Eine amtliche Bestätigung war aber noch nicht zu erlangen, und deshalb ist die Nachricht zunächst noch mit Vorbehalt mitzuteilen, auch schon darum, weil die Frage, ob Schiele in das Kabinett eintritt oder nicht, für das politische Antlitz des neuen Kabinetts von entscheidender Bedeutung ist.

Die „Politische Zeitung“ hat berichtet, daß der Reichslandtagspräsidenten den führenden Mann der nationalkonservativen Gruppe im Reichstag, Dr. Trevisan, in längerer Beratung empfangen hat. Diese Tatsache ist in unterrichteten politischen Kreisen nicht beachtet worden. Es ist bekannt, daß der Reichspräsident in der letzten Sitzung aus dem Reichslandtag Schiele empfangen hat, und es wird behauptet, daß heute Jugenberg bei ihm gewesen ist. Aber Jugenberg schied, für eine Kombination aus, diese Plätter haben es heute wieder verurteilt, daß eine Beteiligung der Reichslandtagspräsidenten an einem Kabinett Brüning nur in Frage käme, wenn der Reichspräsident völlig gebietet und vor allem auch die gegenwärtige Reichslandtag in Preußen gekündigt würde. Alle Hoffnungen auf einen Sturz der preussischen Regierung sind ihnen heraus fin aber, wie wir aus sehr gutem Grunde besichtigen können, hoffnungslos. Für das Kabinett Brüning wird

Jugenberg eine unerwartete Befragung, die den Demokraten jede Mehrheit unmöglich machen würde. Der neue Reichslandtag geht wohl auch kaum daran, sich auf Jugenberg zu stützen, wohl aber will er jene Gruppe in der Reichslandtag Partei gewinnen, die bereit ist, sich auf den Boden des heutigen Staates zu stellen und Reichspräsident zu machen.

Was sich hier, und zwar mit deutlich erkennbarem, sehr wirksamem Einfluß des Reichspräsidenten vollzieht, ist ein Zusammenstoß der sogenannten „rechtserhaltenden“ Kräfte im Reichstag. Doch dabei das Zentrum mitmacht, sogar die führende Rolle übernimmt, kann nicht Wunder nehmen. Aber im letzten Jahr die Anknüpfungen der Zentrumspartei auf Parteien und bei anderen Anlässen aufmerksam beobachtet, hat die Tendenz des Zentrums zum Zusammenstoß der konservativen Elemente, zu denen Jugenberg natürlich nicht zu rechnen ist, leicht erkennen können. Wenn Schiele, dem Anwalt des Reichspräsidenten folgen, sich bereit erklärt, das Reichslandtagsministerium im Kabinett Brüning zu übernehmen, so kann das die weitere und ungleich umfangreichere Exzession jener Elemente aus der Reichslandtag Partei zur unmittelbaren Folge haben, die die Jugenbergsche Reichslandtagpartei ablehnen und zur alten Reichslandtag Partei in der deutschen Republik drängen. Schöner zu sagen, ob diese Gruppe wirklich oder mehr Jugenberg hat, wird auf jeden Fall würde ein solcher Vorgang die eigentümliche der Reichslandtagpartei Fraktion bedeuten. Man hält es deshalb nicht für ausgeschlossen, daß Jugenberg, um nicht faktisch die Reichslandtag Partei zu verdrängen, ohne seine zum künftigen Schritt. Aber wenn Jugenberg wirklich sich dafür entscheiden sollte, demselben hat sich zu stellen und zu dulden, was er nicht verdrängen kann, dann hätte das politische Neuzentrum, das das Zentrum unter Brünings Führung erhebt, einen tieferen Sinn verloren.

Erst parlamentarisch, dann § 48

Was sind die nächsten Aufgaben Dr. Brünings, wenn er sein Kabinett aufbauen beginnt? Gewiss sich erkennen läßt, will er zunächst an den Gedanken anknüpfen, den Müller-Franken gestern in der letzten Sitzung seines Kabinetts zur Diskussion gestellt hat: „Parlamentarische Verabreichung der Steuererlässe mit möglicher Schließung, also vorläufige der Arbeitslosen-Verpflichtung und ohne Steuererlässe-Programm. Dabei will er aber die parlamentarische Mehrheit nehmen? Auch wenn seine Front von den Demokraten bis zu der Gruppe Schiele reicht, und wenn die Reichslandtagpartei das Kabinett Brüning wirklich unterstützt, ist eine Mehrheit gedenklich nicht zu ermitteln.

Dr. Brüning hat darum heute vormittag nicht nur die Abgeordneten Trevisan, von Reußel, Dietrich, Schiele und andere empfangen. Er hat sich auch mit dem zurückgetretenen Reichslandtagspräsidenten Müller-Franken und mit dem Reichslandtagsminister der Sozialdemokraten, Wg. Dr. Reichel, in Verbindung gesetzt. Die Frage an die Sozialdemokraten kann nur dahin gelautet haben, ob sie sich entschließen könnten, die Verabreichung der Steuererlässe zu tolerieren. Denn Dr. Brüning ist entschlossen, zunächst den Reichslandtag zu gehen, aber er von den zweifelhafte Vollmachten des Artikels 48 Gebrauch macht.

Die Sozialdemokraten, die gestern von ihnen selbst gestiftete Kabinett gestützt haben, weil sie sich nicht entschließen konnten, geben die ein gewisses Maß Einwirkung. Sie im politischen Sinne zu entscheiden, haben also vor der Frage, die Steuererlässe zu vollziehen zu lassen, ohne die Forderungen in der Reichslandtag-Verordnung durchzuführen. Für sie ist es überdies eine schwere Belastung, daß im Kabinett Brüning zwei Persönlichkeiten,

Stadtrat Busch erklärt der „Vossischen Zeitung“: Ich werde alle Vorwürfe entkräften

Die schweren Beschuldigungen, die gegen den früheren Berliner Grundstücksbezerrnenden Stadtrat Busch erhoben werden, haben die „Vossische Zeitung“ veranlaßt, einen Sonderberichterstatter nach Kundendorf an der Oder zu entsenden, wo

Stadtrat Busch augenblicklich zur Nachkur bei seinem Sohn, dem Direktor der Kundendorfer Kunftbingerwerke, weilt. Stadtrat Busch hat sich unserem Sonderberichterstatter gegenüber über alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe geäußert.

Von unserem Sonderberichterstatter

Kundendorf, 28. März

Einfleitend bemerke Stadtrat Busch: Zunächst ist festzustellen, daß meine Wohnsitzstadt von Berlin mit einer Reihe von Kreisreisen in Potsdam, nach West-Berengensland, nach dem westlichen und linken Rhein, nach Köln, Göttingen, Gießen, Wiesbaden und Wiesbaden. Da ich während dieser Reisen 50 Pfund abgenommen habe, so habe ich mich behandelnde Professor Klingebiel nach dem Glauben, um dort in letzter Zeit neue Kräfte zu sammeln. Die Angelegenheit der Dessenstraße fand meine Ansicht nach zurückzuführen auf Herrn Fritz Gähner, der ungefähr drei Jahre, bis zum 1. Januar 1926, Angestellter der Postamt A. O. war. Die Postamt A. O. ist vor etwa acht Jahren unter meiner Leitung aufgelöst worden und befindet sich in der Göttinger Straße in Berlin, Senz und Westfalen. Die Dessenstraße ist nach der Einführung der Kapital von 200 Millionen Papiermark auf 400000 Goldmark herabgesetzt. Die Aktien gehören sämtlich einer holländischen Gruppe. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf folgenden hinweisen:

Mein Name wurde im Zusammenhang mit einem Berliner Kommunalrat genannt, wonach der Gemeinderat von Potsdam, Senz und Westfalen in ihren Berichten einbringen zu können. Die Debatte (Deutsche Verkehrsministerkonferenz) ist im März oder April vorigen Jahres unter Mitwirkung meines Sohnes abgehalten worden. Ich kann von hier aus mit dem Gründungsdatum keine genaue Zeit angeben. Ebenfalls war er bei der Gründung nicht bekannt, daß die Stadt Berlin etwa ein halbes Jahr später ein Kommunalrat erhielt, wonach die Mitglieder in den Sitzungen eingebaut werden müssen. Ich bin auf die Berolinger-Berichte gekommen, weil die Berolinger dieser Apparate, eine rechtliche Wahrungsberechtigung, sich an mich wenden, als die Postamt A. O. wurde. Ich habe mich an dem Berliner Stadtrat Busch und einem größeren Teil von Berolinger zu überlassen. Diese Ordnung der Debatte hat also mit dem Berliner Stadtrat nichts zu tun, sondern ist lange vor dem betreffenden Gesetz gedruckt worden.

Um auf Herrn Gähner zurückzukommen: Er war bei der Postamt A. O. etwa drei Jahre beschäftigt, zunächst als Beamter, dann als Vorarbeiter, zuletzt als stellvertretender Direktor. Gähner erhielt bei mir Anweisung, die Postamt A. O. zu verlassen. Ich habe jedoch kein Interesse an ihm, noch ein wenig, verschiedene Grundstücksbesitzer der Stadt Berlin, die ich im Auftrag des Stadtrates verhandelt habe, seien nicht in Ordnung und größere Vermögensgegenstände seien gemacht worden. Er würde über die Angelegenheit schreiben, wenn ich ihm die Summe von 300000 Mark zur Verfügung stellen würde. Dies habe ich mit anschließender Absage und ihm anbehalten, die in Angelegenheit die weiteren Wege einzuschlagen, die er für gut hält.

Es handelt sich, wenn ich richtig informiert bin, um den Verkauf von Grund und Boden mit einer Reihe weiterer Güter und Grundstücksbesitzer. Zunächst muß hierbei hervorgehoben werden, daß die Grundstücksbesitzer der Berliner Zentralbank (sogar zu trennen) nicht von demjenigen, die die B. D. O. bzw. ihre Interessengruppen organisieren.

Die B. D. O. hat ihre Grundstücke teils allein, teils durch die Berliner Grundstücke A. O., ihre Tochtergesellschaft, gekauft. In der „Berolina“ werden fünf einige weitere Interessengruppen, meines Wissens darunter die sogenannte „Sitz“ (Internationale Bauerngesellschaft).

Auf Befehl ertrunken

Stettin, 28. März | Ullstein-Nachrichtendienst

In Stettin begann heute vormittag die Verhandlung gegen den 37jährigen Leutnant Meier-Gebogge vom 4. Infanterie-Regiment in Stettin, wegen im Dienst begangener schwerer Missetat und vorsätzlicher Missetat gegen die Besatzung.

Der Angeklagte hat am 4. September dem 21jährigen Soldaten Meier, vom Ausbildeinstellung seines Regiments, Schwamm unterworfen zu ertrinken. Er ertrank bei Bestimmungen, mit einem Boot aus der Uferbahn heraus und ließ den Soldaten im offenen See liegen, an seiner Angel hängen. Dabei ertrank Meier auf die gleiche Weise nach geläufiger Weise.

Die Lage des Angeklagten wird dadurch erschwert, daß wenige Monate vorher bei einer anderen Gerichtsverhandlung auf ihn ein wenig günstiges Urteil fiel. Demals war sein Kompagniechef Otmund Grimm dabei angeklagt, weil er sich beim Schwimmen gemeldet hatte, einem nach Ansicht lebensgefährlichen Bedrohungs der Zeitschriften nachzugehen und hat nach dem Gefallen und die schwerer Verbrechen Substantien einer Sperrung von Dreizehn- bis auf fünfzehn. Der Feldwebel ist erst zu vier Wochen, in der höchsten Berufsungsordnung zu 14 Tagen ersturteilt worden.

Zur heutigen Verhandlung sind zwei militärische Sachverständige, darunter Kapitän Schmid, vom Reichswehrministerium und zwei zivile Sachverständige erschienen. Die Aussagen sind sechs Offiziere, sechs Unteroffiziere und Mannschaften gegeben.

Der Angeklagte erklärt, daß er am 3. und 4. September 1909 in Vertretung des Kompagniechefs die Aufsicht über das Kompagnieboot hatte. Auf Befehl des Vorgesetzten gibt er

Was die von der Berliner A. O. und ihren Interessengruppen angelegten Preise betrifft, so bin ich nicht verhältnismäßig wenigen Objekten um ein Werturteil gebeten worden. Die Berliner A. O. und ihre Interessengruppen standen am Ende, daß sie in ihrer Geschäftsführung vollständig souverän seien. Ich habe u. a. mitgewirkt als Schlichter beim Verkauf des Westinghouse-Grundstücks. Ich habe auch den hierfür gezahlten Preis unter Berücksichtigung der gebotenen hohen Geschäftskundenzahl für angemessen gefunden.

In der Spandauer Straße habe ich zunächst den Kaufpreis, die dort gelegenen Grundstücke anzusehen. Es gelang dies auch so verhältnismäßig niedrigen Preisen (700 bis 800 Mark pro Quadratmeter). Die Berliner A. O. bzw. die „Berolina“ zahlten später ganz wesentlich höhere Preise. Dabei haben die Gesellschaften aber nicht die ganzen Grundstücke in ihren Besitz bringen können, sie werden für diese Grundstücke, die sie selber oder später in ihren Besitz bringen wollten, circa 1½ Millionen Mark mehr zu zahlen haben. Um diesen Grundbesitz der „Berolina“ zu beschaffen, im Einverständnis mit der Stadtverwaltung, die Verkaufsmöglichkeit im Wege der Enteignung in den Besitz der Stadt Berlin zu bringen.

Was die Berliner Grundstücksbesitzer der Zentrale betrifft, also die bekannten Güterkäufe und Zuer-

käufe in Berliner Grundstücken, so sind diese einem Insanzenwege von sieben bis acht Insanzen unterworfen. Sie werden zunächst in den Bezirksämtern vorgelegt und kommen, nachdem sie dort festzustellen passier haben, nämlich Grundstücksbesitzer, Bezirksamt und Bezirksverordneten, an die Zentrale. Dort laufen sie ebenfalls durch vier Instanzen: Grundstücksbesitzer, Magistrat, Stadtverordnetenversammlung für Grundstücke und Stadtverordnetenversammlung. Nach meiner Ansicht ist es unmöglich, daß in diesem komplizierten Insanzenwege Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Was die während meiner achtjährigen Amtszeit geäußerten Grundstücksbesitzer für die Zentrale betrifft, so können alle diese Besätze wegen der außerordentlich billigen Konjunkturpreise, zu denen sie gefertigt wurden, für die Stadt Berlin nur von ganz erheblichem Vorteil sein. Schon die nächsten Jahre werden die Mitglieder dieser Grundstücksbesitzer bemerken. Man kann schließlich diese Grundstücksbesitzer nicht mehr für heute, sondern man muß sie auf lange Zeit durch den Ankauf berücksichtigen teils Stadtrat Busch mit, daß er ihm in der Dessenstraße gemacht worden ist, samt und ferner entkräften. Er könne sich aber zu den einzelnen Punkten erst äußern, sobald er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen vom Staatsanwalt gehört habe.

F. S.

Was ist mit den Grundstücken?

Berlins Bodenpolitik

Die Rabatten auf der West- und der Ostseite müssen einen neuen Korruptions-Schlachtfeld, an dem sie ihre politischen Wasserflutungen fochen wollen. Die Grundstücksbesitzer, Millionenbesitzer der Stadt, ein zweiter Weltkrieg, so flüchtet man sich bei Wahlen zu, so ist es nicht möglich, sich einigen Tagen. Um was handelt es sich in Berlin?

Man muß sich bei den Korruptionen, die der städtischen Verwaltung und einigen höheren Beamten gemacht werden, zwei Gruppen von Grundstücksbesitzern unterscheiden: zu der einen Gruppe gehören die großen Kapitalisten, die im Rahmen der Bodenpolitik der Stadt Berlin liegen. Bei der anderen handelt es sich um den Kauf einzelner Häuser und Grundstücke, die für kleinere ungenutzten Güter sind.

Während in früheren Jahren das Grundstücksbesitzer in Berlin völlig der privaten Initiative überlassen blieb, begann mit dem Ankauf des Altstadtes unter dem Oberbürgermeister Bernow die Epoche der städtischen Boden-Politik. Als vor fast genau 10 Jahren die Einzelgemeinde Groß-Berlin geschaffen wurde, brachte Alt-Berlin einen Besitz von 25000 Hektar in die Höhe, während die übrigen 7 Städte, 33 Landgemeinden und 27 Ortsteile nur über 17000 Hektar verfügten. Dazu kamen noch 10000 Hektar am West- und Südostende Groß-Berlin. Die neue Einzelgemeinde hatte also damals bereits etwa 20000 Morgen bebauten und unbebauten Grundbesitzes.

an, daß sich der Stadtratsbesitz, wonach bei jeder Schwammübung ein Grundstückbesitzer ausgeben sein muß, bekannt gewesen sei. Diese Nachweise hat er an den beiden Tagen, bestimmt alle einzelnen Grundstücke, außer drei, gekauft. Einen ersten Schritt vom 20. März 1929, wonach das Einverständnis der Bodenpolitik bei dem Schwammunterstützt werden aus, will der Leutnant, allerdings nicht genannt haben.

Hochhaus an der Gedächtniskirche

Baupläne der Deutschen Bank

Zur Zeit haben zwischen dem Vizepräsidenten des Hauses Kurfürstendamm Nr. 9/10, der Graf-Otto-Haus, hinter der Deutsche Bank, und der Bankpolitik ausserhalb der Verhandlungen über den Bau eines zehnstöckigen Hochhauses über dem Gloria-Palast statt. Die Modelle sind von der Architektin Dipl.- Ingenieurin Richard Hübsch-Berlin und Professor Gieseler-Berlin ausgearbeitet worden.

Von den heutigen Verhandlungen wird die Gloria-Palast nicht berührt werden. Zur die Zeppelengänge werden durchgeführt. Vom heute wird auf der Gedächtniskirche gegenüberliegenden Seite eine Glasspalast gebaut, die zur Verbindung mit den Fußgängersteige dienen soll. Das Hochhaus soll wahrscheinlich ein Hotel und ein Café aufnehmen.

In der Insanzenzeit und in den ersten Jahren der Stabilisierung ergab sich eine besonders günstige Konjunktur auf dem Grundstücksmarkt. Es wäre ein Irrtum zu der Bevölkerung, deren Interessen die Stadterweiterung zu streiten hat, gewesen, wenn man diese günstige Situation nicht ausgenutzt hätte, um große freizubehaltende Gebiete an der Peripherie und in der Umgebung der Reichshauptstadt in häßlichen Weg zu bringen. Man erhebt sich auf der Höhe, daß die Grundstücksbesitzer sich der Gebiete bemächtigt, die in nächster Zeit durch den Bau der Berlin, die Einrichtung neuer und den Ausbau bestehender Verkehrsverbindungen von der Bevölkerung dringend benötigt werden. Man machte dadurch unmöglich, daß eine vom volkswirtschaftlichen und häußerbautlichen Gesichtspunkten häußerbautliche Planlosigkeit bei der Bebauung noch unbenutzter Gebiete als sich griff. Die Stadt mußte in dieser Situation kaufen, um den sozialen und hygienischen Forderungen einer Weltstadt gerecht zu werden. Die Bodenpolitik der Stadt wurde weitgehend und großartig. Die Stadt kaufte die Ritterstraße, die Dönhofsplatz, die Westhafen- und Marienfelde, ein großes Gelände in der Jungfernheide, die Jungfernhöhe und Sonnenhof, um nur die größten Erweiterungen zu nennen. Im Zeitraum von fünf Jahren wurden nicht weniger als 80 Millionen Mark in Grundbesitz angelegt.

Von gewisser Seite wird nun behauptet, daß die Stadt bei den meisten Neubauten überorientiert worden sei. Selbstverständlich muß man diese Behauptung nicht unterlassen. Aber bevor der Beweis geführt ist — und er ist bisher in keinem einzigen Fall geführt —, sollte man diese Behauptung nicht ohne weiteres nehmen. Es gibt kaum ein größeres Grundstücksbesitzer, noch dessen Absicht nicht der Käufer der Aufsicht ist, er habe zu viel gekauft, der Verkäufer, er habe zu wenig erhalten; die Nachbarn, man hätte ihren Weg auch noch kaufen müssen, und die Kollegen der an dem Grundstück beteiligten Vermittler und Agenten, es handle sich um eine Schlingel, denn sonst hätte man sie auch etwas verdienen lassen müssen.

In der Dessenstraße hat die Stadt — bei dieser ganzen Gruppe von Grundstücken im Zusammenhang mit der Stadterweiterung-Veranlassung — ein höchstes Gebot gemacht. In Reich hat der Quadratmeter 1 Mark gefordert, im vierteljährlichen Düssel 1,45 Mark, in Westhof 1,75 Mark, in Westhafen 2,50 Mark. Heute finden diese die Stadt in der Lage, den Boden mit erheblichem Gewinn abzusetzen, und in den kommenden Jahren wird sich der Wert des städtischen Grundbesitzes noch erheblich steigern. Also von Verlusten der Stadt auf diesem Gebiet kann gar keine Rede sein.

Weniger leicht ist es bei der zweiten Gruppe von Grundstücksbesitzern, den Grundstücksbesitzern, daß ein Stadt die Berlin Grundstücke gekauft können. Wenn man diese Gruppe der Stadterweiterungs-Veranlassung oder auch nur den Magistrat oder die Grundstücksbesitzer vorher unterstreichen würde, daß man zu Stadterweiterungen oder zu Umbauten bestimmte Objekte kaufen müßte, würde sich sofort der Preis des Grundstücks erhöhen. Man wird nicht einmal immer in der Lage sein, der Stadterweiterungs-Veranlassung nachträglich von den einzelnen Jahren zu profitieren, wenn man die Berlin Grundstücke erkaufte, daß bestimmte Grundstücke zur Durchführung einer Untergrundbahn oder zu ähnlichen Zwecken gekauft werden sind, dann kann man sich mit geringer Rendite ausrechnen, welche Grundstücke auf dieser Linie noch benötigt werden. Schon wenn der Verkäufer weiß, daß es die Stadt ist, die mit ihm verhandelt, wird er keinen Preis herausfordern. Deshalb muß

